

Wand bis anhaltende Verminderung der Arbeitsfähigkeit usw.? Die Schriftsteller.)

Der „Paris Soir“ sieht die Ursache bei 3 Millionen Rechts-Stimmen in den Ereignissen der letzten zwei Monate. Man dürfe deshalb aber nicht glauben, daß der Führer sich dadurch irgendwie mehr betonen lassen. Gestützt auf die Reichsmacht, habe er Deutschland seit in Händen und könne sowohl gegen die Wirtschaftskrise als auch gegen andere innenpolitische Krisen Front machen. Die einzigen Wollen, die sich über Deutschland zusammenfinden könnten, könnten von außen kommen, und bestellt werde er seine Hauptaufgabe nunmehr auch dem Auslande haben. So blasphemt das deutsche Volk aber auch sei, es sei nicht verübt genug, an einen Krieg zu denken. Der Führer habe gegen das Halbspiel eines Krieges die allen Taktikoren natürliche Abneigung. Er wolle vielmehr durch eine gewölbige Arbeit die feindliche Einstellung des Auslandes brechen.

Der „Tempo“ stellt einleitend die Ergebnisse der geführten Abstimmung denen vom 12. November 1933 gegenüber und hebt hervor, daß die ablehnende Haltung zum größten Teil aus den Reihen der Katholiken komme. Nichtdestoweniger habe Hitler aber eine beträchtliche Mehrheit auf sich vereinigt. Da die künftige Entwicklung infolge des Temperaments des deutschen Volkes schwer vorzusagen sei, hätten alle Länder, die den Frieden wollten, die Pflicht, auch weiterhin stark und gern zu bleiben. Zwei Handlungen müsse der Führer zunächst begehen, um seine Worte mit Taten in Einklang zu bringen: 1. Deutschland wieder in den Völkerbund zurückzuführen und 2. dem Ostkrieg zu gestimmen. (1)

Die Italienische Presse

Rom, 20. 8. Während das „Giornale d'Italia“ über die deutsche Volksabstimmung nur eine ganz kurze Tatsachensummarie an verschiedener Stelle bringt, verfügen die Berliner Berichterstatter der „Tribuna“ und des „Avanguardista“, am Ergebnis herumzubazeln, ohne jedoch zu einer klaren Folgerung zu gelangen. Das Silvo muß im „Avanguardista“ nach einigen abfälligen Bemerkungen doch feststellen, daß das Hitlerregime aus dieser Abstimmung wieder einmal siegreich hervorgehe, wie es auch seiner tatsächlichen Stellung im heutigen deutschen Leben entspreche.

Aufdrückige Anerkennung Bulgariens für den Führer

Sofia, 20. 8. Das Ergebnis der deutschen Volksabstimmung, die in ganz Bulgarien mit größter Aufmerksamkeit und Spannung verfolgt worden ist, hat in der Diktaturlichkeit einen überaus starken Eindruck hervorgerufen. Schon die breiten Schlagzeilen der Tätiler, die auf den überlegenen Sieg Adolf Hitlers und seine beeindruckte Aufnahme durch das Volk hinweisen, lassen erkennen, daß die überragende Bedeutung des 19. August auch in Bulgarien in ihrer vollen Tragweite gewidmet wird. Neben dem Sieg des Führers, genauen Angaben der einzelnen Stimmengrößen und lebhaften Schilderungen der Rungungen vor den Reichstagswahlen, bringt die Presse auch reichliche und völkig einflussreiche Kommentare, die die aufdrückliche Anerkennung Bulgariens für den Führer des deutschen Volkes klar zum Ausdruck bringen. Allgemein wird bestont, daß der 19. August jenen, der noch an Zweifelheiten und eine innere Krise in Deutschland glaubte, überzeugt haben müsse, daß das deutsche Volk heute geschlossen und einigermaßen je den Ereignissen von morgen entgegensteht. „Kein Kaiser und kein Kanzler, auch der große Bismarck nicht“, so schreibt „Slovo“, „hatte je die Macht in Händen, die Hitler heute besitzt, nie aber auch trug ein deutscher Führer eine solche Verantwortung wie er.“

Starke Eindruck der deutschen Volksabstimmung in der Schweiz

Genf, 20. 8. Die große Zahl der Ja-Stimmen für den Führer hat in der geläufigen Offenheit der Schweiz einen starken Eindruck hinterlassen. Vorläufig beschäftigen sich die Schweizer Zeitungen darum, die Abstimmungsergebnisse wiederzugeben und den Verlauf des Abstimmungssonntags in Berlin und anderen deutschen Städten zu läsfieren. Dabei wird überall hervorgehoben, daß der Tag der Volksbefragung ohne jede Störung verlaufen ist. Die außerordentlich hohe Abstimmungsbeteiligung fällt ebenfalls allgemein auf. Während der „Verner Bund“ angeföhrt der Störung der Führer-Autorität erwartet, daß nunmehr in Deutschland eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Durchführung kommt, kennzeichnet das „Journal de Genève“ in seiner Überschrift „Herr der Herr des Reiches“ seine Auffassung über das Abstimmungsergebnis. Die Genfer Zeitung „La Suisse“ stellt in den Ueberschriften die Ergebnisse der Volksbefragung im November 1933 und des August 1934 gegenüber. In allen Zeitungen wird hervorgehoben, daß der Abstimmungssontag den Eindruck einer großen politischen Gleichmäßigkeit des deutschen Volkes hinterlassen habe.

Begeisterung der sozialistischen „Deutschen Front“ über den Wahlausgang

Saarbrücken, 20. 8. Die sozialistische Tageszeitung „Deutsche Front“ feiert das geistige Wahlergebnis als einen Triumph des Glaubens und Deutschlands größten Sieg. 800 000 Saarbevölkernde, die hier zum leidenschaftlichen Feiern mußten, schreibt das Blatt, und alle die vielen, vielen Millionen Volksgenossen seien jedenfalls mühlos stolz auf dieses Deutschland, das unter Vaterland ist und diesen Mann Adolf Hitler, der unter Führer ist. Kein Staatsmann der Erde, ob in der Gegenwart, oder in grauer Vergangenheit kann und konnte das von sich sagen, was



Die ersten Abstimmungsergebnisse in der Reichslandes

Der Führer mit seinem Adjutanten Gruppenführer Bräuer, Reichspropagandaminister Dr. Goebbels und Reichsminister Ritter im Garten des Reichslandes beim Studium der ersten Nachrichten über die Abstimmung.

befreiorganisation beigegetreten. Dieser Heim wurde heute demstellvertretenden Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Pfeiffer, von dem amerikanischen Generalstaatsrat Gen. Gifford mitgeteilt, und zwar mit dem Hinweis, daß der Beifall der Vereinten Nationen nicht gleichzeitig beweisbar ist mit der Anerkennung der Rechte und Pflichten, die in der Völkerbundesfassung vorliegen sind. Vorbehaltlich dieser Aussage nahm der Präsident der Vereinten Nationen die am 22. Juni 1934 ausgeprochene Einladung an.

Der Vorstand des deutschen Turnerbundes ist Österreich auseingeschlossen. Der Obmann hat seinen Vorstand des deutschen Turnerbundes seinen Amten von verlustig erklärt. Georg Trauner, der Bürgermeister von Weyer an der Enns, wurde zum Bevollmächtigten bestellt und mit der Fortführung der Vereinsgeschäfte betraut.

Zwei Todesurteile in Wien. Vor einem Standgerichtskrat in Wien hielten sich am Montag die landwirtschaftlichen Arbeiter aus Zahl, Franz Unterberger und Franz Sourek, da sie bei sich 20 Rollen Ammonit verdeckt hatten, zu verantworten. Unterberger war Mitglied des Arbeitergewerbevereins und des Republikanischen Schutzbundes. Er bekannte sich in der Verhandlung als Sozialdemokrat. Beide wurden zum Tode verurteilt. Gnadenfrüchte wurden eingebüßt.

Protest des französischen Lehrerverbandes. Der französische Unterrichtsminister hat bekanntlich die ihm nachgeordneten Stellen angewiesen, eine Untersuchung über die auf dem sozialistischen Lehrerfingerges in Riga gehaltenen Reden einzulegen. Der Vorstand des Lehrerverbandes protestiert gegen diese „ungünstige Einmischung in die außerberufliche Tätigkeit der Lehrer“, in der man eine ernste Verletzung der Gewerbefreiheit erblicken müsse. Sämtliche Lehrer, die etwa verhaftet werden sollen, sollen öfflich, aber bestimmt erklären, daß sie keinen Aufschluß über Dinge zu geben hätten, die nichts mit dem eigentlichen Schulamt zu tun haben.

Frankreich braucht keine Parteideregierung. Der Präsident der Republik De Gaulle hat sich am Montag nach dem Landtag Vouïcarde im Champigny begesehen, um ihm die Ehrenbürgerschaft zum 74. Geburtstag zu übertragen. Vouïcarde hat einem Vertreter des „Figaro“ erklärt, er bringe dem Bürgersiedlungsminister Dumergue volles Vertrauen entgegen. Belohnende Anerkennung soll er der Teilzeit des Außenministers Barthou. Dieser habe die herzlichsten Beziehungen zu den Verbündeten Nächten bestiftigt. Vouïcarde äußerte abschließend, er sei überzeugt, daß die in Februar recht kritische politische Lage sich zu bessern beginne und das niemand die Verantwortlichkeit für den Bruch des Bürgersiedlungsübernehmens büte. Frankreich braucht heute nicht eine Parteideregierung, mit solchen habe es zu gefährliche Erfahrungen gemacht. Sonst habe eine nationale Regierung.

Schönheit der Arbeit

Ende August große Propagandawelle der DRG.

Berlin, 21. 8.

Der Referent im Amt für „Schönheit der Arbeit“ der Deutschen Arbeitsfront, Diplomatin Steinwarz, teilte mit, daß Ende August eine große Propagandawelle über Deutschland gehen werde, in der noch einmal dringlich auf das Amt für „Schönheit der Arbeit“ und die Rotwendigkeit der Schaffung schöner und gesunder Arbeitsplätze hingewiesen werden sollte.

Plakate und Veröffentlichungen würden den weitesten Kreisen unserer Volksgemeinschaft den Begriff „Schönheit der Arbeit“ nahebringen. Die Schaffung schöner Arbeitsplätze sei eine Aufgabe von riesigem Umfang. Es wären dabei zu bedenken, daß Wohnungsnoten im Zusammenhang mit der Hausangestelltenfrage, Landarbeiterwohnungen, Werftbedienungen, Bauteileinführung und sonstige lokale Fragen. Bei der Schaffung der schönsten und höchsten Arbeitsplätze müßten 3,5 Millionen Betriebe erfaßt werden. zunächst beschäftigten sich die Gaueleiter nur mit den Betrieben über 50 Mann Belegschaft, wovon 4000 Betriebe vorhanden seien. Auf jedem Referenten lägen durchschnittlich 1200 Betriebe. Bis 30. Juni 1934 seien 600 Betriebe beschäftigt worden. Es wurden in 450 Betrieben Verbesserungen angezeigt, die in 175 Betrieben durchgeführt oder seit zugesetzt wurden. Die für 20 Fälle vorliegende Bauzulassung beträgt 300 000 M. Die Referenten seien in zwei Schulungslagungen besonders eingehend über ihre Aufgabe unterrichtet worden, die in Zusammenarbeit mit den Reichsbetriebsgemeinschaften erfolge.

Aus Heimat und Vaterland

Die mit einem X gekennzeichneten Aufstellungen unter diesen Nummern, deren Nachdruck nur mit genauem Quellenangebot (Quellenberichts-Logbuch) gestattet ist.

Frankenberg, 21. August 1934.

Verwaltungsstelle Hindenburgstraße aufgelöst

Nachdem auch das Wehramt seine neuen Räume im umgebauten Seitenflügel unseres Rathauses bezogen hat, ist die Verwaltungsstelle Hindenburgstraße aufgelöst worden. Sämtliche Abteilungen unserer



Zum ständigen Stellvertreter des Reichsbauernführers ernannt

wurde Staatsrat Wilhelm Weinberg, der Reichs-

Der Führer an Generaloberst v. Blomberg

Berlin, 20. 8. Der Führer hat am Montag, der 18. August, an den Reichswehrminister, Generaloberst von Blomberg, das folgende Schreiben gerichtet:

Berlin, den 20. August 1934.

Um den

Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg,

Berlin.

Herr Generaloberst! Heute nach der erfolgten Bestätigung des Gesetzes vom 3. August durch das deutsche Volk will ich Ihnen und durch Sie der Wehrmacht Dank sagen für den mir als Ihren Führer und Oberbefehlshaber geleisteten Treueid. So, wie die Offiziere und Soldaten der Wehrmacht sich dem neuen Staat in meiner Person verpflichteten, werde ich es jederzeit als meine höchste Pflicht ansehen, für den Bestand und die Unantastbarkeit der Wehrmacht einzutreten in Erfüllung des Testaments des verstorbenen Generalfeldmarschalls und getreu meinem eigenen Willen, die Armee als einzigen Waffenträger in der Nation zu verankern.

ges. Adolf Hitler
Führer und Reichsanzler.

Personalveränderungen in der Reichswehr

Berlin, 21. 8. (Zuspruch.) Der Führer und Reichsanzler hat mit Wirkung vom 1. August 1934 befördert:

zu Generalmajoren die Obersten: Röhne, Kommandeur des Inf.-Rgt. 2; Schröder, Kommandeur der Infanterieschule;

Die Rücksendung der Stimmzettel

Eine Anordnung des Reichsinnenministers.

Berlin, 20. 8. Der Reichsinnenminister des Innern hat angeordnet, daß die Gemeindebehörden die am Abstimmungstag vor dem Wahlvorstand ordnungsmäßig abgegebenen Stimmzettel nicht der Gemeindebehörde des Ausstellungsortes direkt, sondern der einfachheitshalber auf dem Dienstweg an die Zentralbehörde (Inneministerium) des Landes zu übersenden haben, in dem auf Grund des Stimmzettels die Stimmabgabe erfolgt ist. Das gleiche gilt für Stimmzettel, die von deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen im Auslande ausgestellt sind; auch diese senden die Gemeindebehörde des Ausstellungsortes auf dem Dienstweg an ihre eigene zuständige Landeszentralbehörde. Nicht benutzt Stimmzettel, die von Stimmberechtigten an die Gemeindebehörde des Ausstellungsortes eingesandt werden, sind von dieser bis auf weiteres aufzubewahren. Der Reichsinnenminister des Innern gibt diese Anordnung hiermit sämtlichen Gemeindebehörden amtlich mit dem Hinzufügen bekannt, daß eine besondere Schriftliche Mitteilung nicht ergeht.

Politische Nachrichten

Hirschfeld amnestiert. In Ausübung des Strafrechtsgesetzes sind auch die Angeklagten des Hirschfeldprozesses, der im Dezember 1933 vor der Staatsammer in Bodrum stattfand, amnestiert worden. Hirschfeld wurde damals wegen passiver Belohnung zu 6 Monaten Gefängnis und 900 Mark Geldstrafe verurteilt, während drei Mitangeklagte wegen Unreue bzw. Wehrlosigkeit mit Geldstrafen bis zu 2 Monaten und mit Geldstrafen von 500 bis 1000 Mark belegt worden waren.

Die Vereinten Staaten dem Internationalen Arbeitsamt beigegetreten. Die Vereinten Staaten von Nordamerika sind mit Wirkung vom 20. August 1934 endgültig der Internationalen Ar-